



HESSISCHER LANDTAG

11. 07. 2022

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion DIE LINKE

Energiekrise: Preisexplosion stoppen, Menschen schnell entlasten

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die seit Monaten steigenden Energiekosten die Finanzierung der grundlegenden Lebenserhaltung für einen stetig wachsenden Teil der Bevölkerung gefährden.
Gerade einkommensschwache Menschen und Familien mit Kindern sind überproportional stark von den hohen Energie- und Lebensmittelpreisen betroffen. Sie benötigen dringend eine wirksame Entlastung. Schon vor der Corona-Krise und dem Ukraine-Krieg waren Energiearmut und Energiesperren ein Problem für viele Verbraucherinnen und Verbraucher. Zunehmend erreichen die finanziellen Nöte auch die bisherige Mittelschicht. Die Folgen des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine haben diese Situation nochmals deutlich verschärft.
2. Der Landtag stellt fest, dass die bisherigen Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung unzureichend sind, da ganze Bevölkerungsgruppen wie Rentnerinnen und Rentner oder auch Studierende ausgeschlossen sind und da sie nicht dem notwendigen Umfang entsprechen. Außerdem sind einmalige Zuwendungen ungeeignet, dauerhafte Preiserhöhungen zu kompensieren.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
 - a) im Haushalt 2023 einen Energie-Härtefallfonds zur Entlastung für einkommensschwache Personen und Haushalte einzurichten;
 - b) Unterstützungsprogramme für kommunale Wohnungsbaugesellschaften, kommunale Energieversorgungsunternehmen und weitere von der Energiepreisexplosion erheblich beeinträchtigte kommunale Unternehmen zur Abfederung von Liquiditätsschwierigkeiten, die im Zuge der erhöhten Energiepreise aufkommen können, zu etablieren;
 - c) mittels der Landeskartellbehörde die gestiegenen Tarife in der hessischen Grundversorgung mit Strom und Gas einem Preisprüfungsverfahren zu unterziehen;
 - d) sich für sozial-ökologische Stromtarife mit einem entgeltfreien Basiskontingent einzusetzen. Niedrige Verbräuche sollen mit geringen Kosten belegt und hohe Verbräuche verteuert werden. Damit werden Anreize zum Stromsparen geschaffen und Menschen mit niedrigem Einkommen wird eine gesicherte Stromversorgung ermöglicht;
 - e) einen Runden Tisch unter Beteiligung der Landesregierung, der Sozialverbände, der kommunalen Energieversorger und der kommunalen Spitzenverbände zu installieren, um regelmäßig über notwendige Maßnahmen zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger sowie der kommunalen Unternehmen in Hessen zu beraten und Handlungsempfehlungen zu erarbeiten;
 - f) die Fahrpreise in den hessischen Verkehrsverbänden zu senken und sich für eine Verlängerung des 9-Euro-Tickets einzusetzen bzw. hilfsweise ein solches auf Landesebene umzusetzen.
 - g) Energiesparberatungsstellen in Hessen zu fördern und auszubauen und Beratungsstellen und Programme zur Energieoptimierung und Wärmeeffizienz für Mieterinnen und Mieter und Menschen mit selbstgenutztem Wohneigentum zu stärken;
 - h) den Ausbau erneuerbarer Energien massiv voranzutreiben, indem der Ausbau der Windkraftanlagen auf landeseigenen Flächen sowie der Photovoltaikanlagen auf landeseigenen Gebäuden spür- und messbar intensiviert wird, um die Unabhängigkeit von fossilen Energien zu befördern.

4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, auf den Bund einzuwirken, dass
- a) die staatliche Preisaufsicht wiedereingeführt wird, um steigende Energie- und Gaspreise zu deckeln;
 - b) das 9-Euro-Ticket verlängert wird, das zur Entlastung vieler Menschen bei den Mobilitätskosten beigetragen hat;
 - c) die Energiekonzerne und ihre Extraprofite in der Krise durch eine Übergewinnsteuer angemessen an den gesellschaftlichen Kosten beteiligt werden;
 - d) Strom- und Gassperren gesetzlich verboten werden;
 - e) einkommensteuerepflichtige Entlastungs-Zahlungen für alle Haushalte in Höhe von mindestens 125 € monatlich plus 50 € pro weiteres Haushaltsmitglied eingeführt werden – befristet bis zum Absinken der Energiepreise unter das Vorkrisenniveau;
 - f) ein die Pendlerpauschale ablösendes Mobilitätsgeld für jeden Entfernungskilometer für alle Pendlerinnen und Pendler eingeführt wird, welches Geringverdienende nicht mehr benachteiligt. Durch das Mobilitätsgeld soll allen Pendlerinnen und Pendlern ein fester Betrag pro Kilometer ausgezahlt werden, unabhängig von Einkommen und dem genutzten Verkehrsmittel;
 - g) Sozialleistungen (SGB II, SGB XII, BAFöG, Wohngeld) auf ein auskömmliches und menschenwürdiges Niveau zur Sicherung der Lebensgrundlagen angehoben werden, mindestens um 200 € monatlich.

Wiesbaden, 11. Juli 2022

Der Fraktionsvorsitzende:
Jan Schalauske